

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

18. WP - 2. Sitzung

am Donnerstag, dem 9. August 2012, 14 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Daniel Günther (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Martin Habersaat (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Kai Vogel (SPD)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Sven Krumbeck (PIRATEN)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Vorsitzende

i. V. v. Heike Franzen

Weitere Abgeordnete

Tobias Koch (CDU)

Tobias von Pein (SPD)

Dr. Gitta Trauernicht (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Wahl der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden	4
2. Vorstellung der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung Kristin Alheit sowie ihrer Staatssekretärin Anette Langner und Bericht über den Stand zum Krippenausbau und zu den Verhandlungen zwischen Land und Kommunen in Sachen Konnexität	5
3. Vorstellung der Ministerin für Bildung und Wissenschaft Prof. Dr. Wara Wende sowie ihrer Staatssekretäre Dirk Loßack (Bildung) und Rolf Fischer (Wissenschaft) und der bildungspolitischen Schwerpunkte der neuen Landesregierung	6
4. Aktuelles zur Unterrichtsversorgung im neuen Schuljahr	8
5. Bericht zum Thema „Schüleraustausch - Vorgang Nordseeschule St. Peter Ording“	11
6. Terminplanung	12
Umdruck 18/3 (neu) 2. Fassung	
7. Verschiedenes	13

Die Vorsitzende, Abg. Erdmann, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Wahl der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

Einstimmig wählt der Bildungsausschuss Beate Raudies zur stellvertretenden Ausschussvorsitzenden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorstellung der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung Kristin Alheit sowie ihrer Staatssekretärin Anette Langner und Bericht über den Stand zum Krippenausbau und zu den Verhandlungen zwischen Land und Kommunen in Sachen Konnexität

M Alheit und St Langner stellen sich kurz vor. Sodann berichtet M Alheit, seit 2008 seien in Schleswig-Holstein über 10.000 Krippenplätze geschaffen worden. Während die Bundesmittel mittlerweile vollständig verbraucht seien, stünden noch Landesmittel im Umfang von 9,7 Millionen € zur Verfügung. Man habe weitere 28 Millionen € bewilligt, das entspreche 2.000 Plätzen. Nach Umstellung der Förderung ab 1. Juli 2012 habe man 38 Anträge in Kreisen mit einem höheren Bedarf bewilligt.

Sie sei hoffnungsfroh, dass die Kommunen, die sich sehr anstengten, das Ziel einer Versorgungsquote von 35 % ab 1. August 2013 erreichten. Über die Verteilung der Gelder aus dem Fiskalpakt seien die Länder mit dem Bund noch nicht einig. Hinsichtlich der Frage der Betriebskosten stehe man im Dialog mit den kommunalen Landesverbänden. Zum Stand der Konnexitätsklage könne sie frühestens Ende September Stellung nehmen. Sie sehe Lösungsmöglichkeiten, dass sich Land und Kommunen aufeinander zubewegten und gemeinsame Kriterien fänden.

Abg. Klahn bittet das Sozialministerium, dem Ausschuss konkrete Zahlen zum Stand des U-3-Ausbaus zuzuleiten (Verteilungskriterien, genehmigte und zur Verfügung stehende Mittel, Zahl der Krippenplätze, kreisweit aufgeschlüsselt).

Der Ausschuss fasst ins Auge, die Beratung in der nächsten Sitzung, am 20. September 2012, fortzusetzen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorstellung der Ministerin für Bildung und Wissenschaft Prof. Dr. Wara Wende sowie ihrer Staatssekretäre Dirk Loßack (Bildung) und Rolf Fischer (Wissenschaft) und der bildungspolitischen Schwerpunkte der neuen Landesregierung

Nach einer persönlichen Vorstellung skizziert die neue Bildungsministerin Dr. Wende ihre bildungs- und wissenschaftspolitischen Vorstellungen. Die Landesregierung wolle zu einer Qualitätsverbesserung im Bildungssystem beitragen und setze schwerpunktmäßig auf Dialog. Deswegen habe man die Verbände und betroffenen Akteure am 8. September 2012 zu einer Bildungskonferenz eingeladen und werde auch eine Hochschulkonferenz durchführen. Die Konferenzen sollten in verschiedenen Dialogforen kontinuierlich weiterentwickelt werden. Sie und ihr Staatssekretär würden durch regelmäßige Schulbesuche engen Kontakt zu den Schulen halten. In den nächsten Jahren werde man die Lehrerbildung in Schleswig-Holstein auf neue Füße stellen und gemeinsam mit den beiden Hochschulen und den Akteuren ein neues Konzept entwickeln. Konzepte werde man auch für eine stringente Weiterbildung entwickeln. Im Schulbereich stünden die Themen Inklusion und gebundene Ganztagschule an sozialen Brennpunkten im Vordergrund, denn man wolle die Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit erhöhen. Die Gemeinschaftsschulen und Gymnasien sollten weiterentwickelt werden.

Sodann stellen sich kurz die beiden neuen Staatssekretäre, Herr Loßack und Herr Fischer, dem Ausschuss vor.

Abg. Günther möchte wissen, wie ergebnisoffen die Bildungskonferenz tatsächlich sei und welche Rolle in diesem Zusammenhang die Festlegungen im Koalitionsvertrag spielten. Außerdem bittet er darum, den Widerspruch zwischen der öffentlichen Äußerung der Ministerin vom 6. Juli 2012, dass unter der Vorgängerregierung Hochschulmittel für den Straßenbau eingesetzt worden seien, und der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Arp, [Drucksache 18/61](#), aufzuklären.

Abg. Klahn problematisiert die Verlagerung der Zuständigkeit für den Kita-Bereich ins Sozialministerium und vermisst ein klares Bekenntnis zur Begabtenförderung und zur Schulsozialarbeit.

M Dr. Wende versichert, die Themen frühkindliche Bildung und Übergang Kita-Grundschule gemeinsam mit der Sozialministerin vorantreiben zu wollen. Man gehe sehr ergebnisoffen und zum Beispiel bei der Lehrerbildung ohne konkretes Konzept in die Bildungskonferenz. Im Dialog mit den Betroffenen solle ein Konzept für eine zukunftsfähige Ausbildung der Lehrkräfte entwickelt werden, die so qualifiziert werden müssten, dass sie die beiden Schularten Gemeinschaftsschule und Gymnasium als Experten bedienen könnten.

Gleichzeitig gehe sie nicht ohne Standpunkt in den bildungspolitischen Diskurs, sehe es aber als ihre Stärke, wenn sie sich durch bessere Argumente überzeugen lasse und ihre eigene Position korrigiere, wie sie es zum Beispiel beim Thema nachgelagerte Solidarbeiträge zugunsten der Hochschulen getan habe. Auch die Koalition sei nicht lernresistent und könne bei besseren Argumenten jederzeit eine Position korrigieren.

Die von M Dr. Klug initiierten Programme zur Begabtenförderung werde sie nicht demontieren. Die Schulsozialarbeit wolle sie erhalten beziehungsweise ausbauen; allerdings müsse sorgfältig darauf geachtet werden, dass die den Kommunen gewährten Landesmittel auch transparent für die Beschäftigung von Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern verwendet würden. Die Entwicklung der Ausgaben für Hochschulen, Straßenbau und einzelbetriebliche Förderung in Einzelplan 06 in den letzten Jahren werde sie dem Ausschuss schriftlich darlegen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Aktuelles zur Unterrichtsversorgung im neuen Schuljahr

M Dr. Wende trägt vor, im Schuljahr 2012/13 würden 390.000 Schülerinnen und Schüler (darunter 22.500 ABC-Schützlinge) von 28.500 Lehrkräften auf 22.500 Planstellen an 838 Schulen unterrichtet. Die 459 offenen Ganztagschulen würden mit 7 Millionen € aus dem Landeshaushalt bezuschusst, die 33 gebundenen Ganztagschulen mit 28 Lehrerstellen und 300.000 €, die Mittagsbetreuung an 64 G-8-Gymnasien mit 445.000 €, Betreuungsangebote an 218 von 385 Grundschulen mit 1,1 Millionen €

Die Koalition habe entschieden, die von der Vorgängerregierung beschlossene Einsparung von 300 Lehrerstellen im Sinne der Qualitätsverbesserung der schulischen Versorgung rückgängig zu machen und diese Planstellen bis zur Verabschiedung des Haushalts Ende Januar 2013 aus Mitteln des Vertretungsfonds zu finanzieren. 180 Stellen sollten den Gemeinschaftsschulen, die zukünftig fünf Differenzierungsstunden erhielten, zugutekommen, 120 Stellen dem Bereich Inklusion, vornehmlich an den Grundschulen und Beruflichen Schulen. Die Verkürzung des Referendariats von 24 auf 18 Monate führe in diesem und im nächsten Jahr zu einem Anstieg der Absolventenzahl auf 1.200 bis 1.300. Auf rund 900 frei werdenden Planstellen könne man etwa 1.200 Lehrkräfte einstellen. In den MINT-Fächern habe man eine Versorgungslücke; aktuell gebe es 111 Referendare mit dem Fach Mathematik.

Abg. Koch kritisiert, dass die Haushaltsberatungen aufgrund der 300 Lehrerstellen im Eiltempo durchgezogen würden, anstatt dass die Regierung einen Nachtragshaushalt vorlege.

M Dr. Wende erläutert noch einmal, bis zur Einrichtung der 300 Planstellen am 1. Februar 2013 gebe man den Schulen bereits jetzt die Möglichkeit, die Unterrichtsversorgung durch zusätzliche Stellen zu verbessern, die man befristet aus nicht genutzten Mitteln des Vertretungsfonds finanziere.

Abg. Habersaat hält es für entscheidend, Lehrkräfte im Schulsystem zu halten, die tatsächlich unterrichten könnten. Die von der Vorgängerregierung verdoppelten Vertretungsgelder könnten gar nicht abgerufen werden, weil Vertretungslehrer nicht in entsprechendem Umfang zur Verfügung stünden.

Abg. Klahn kritisiert die Halbierung des Vertretungsfonds und möchte wissen, wie sichergestellt werde, dass ausfallender Unterricht ab dem ersten Tag vertreten werde. Außerdem fragt sie, wie der Ausbau der gebundenen Ganztagschule finanziert werde und inwiefern die Vorgängerregierung die Gymnasien bevorzugt habe.

Die Vorsitzende bittet das Bildungsministerium schriftlich darzulegen, inwieweit die Mittel des Vertretungsfonds ausgeschöpft würden.

M Dr. Wende äußert, die Vorgängerregierung habe die Gymnasien insofern relativ bevorzugt, dass sie die Gemeinschaftsschulen geschwächt habe, indem sie die Zahl der Differenzierungsstunden halbiert und die Einrichtung abschlussbezogener Klassen ermöglicht habe. Die neue Landesregierung werde an den Gemeinschaftsschulen keine Maßnahmen auf Kosten der Entwicklung des Gymnasiums durchführen, sondern den Gymnasien ihre Möglichkeiten der Weiterentwicklung erhalten. Die Zahl der gebundenen Ganztagschulen solle erhöht werden.

Abg. Klahn weist den Vorwurf der „Bevorzugung der Gymnasien“ zurück und macht darauf aufmerksam, dass die Gymnasien in der Sekundarstufe I 176 Lehrerwochenstunden und die Gemeinschaftsschulen 206 Lehrerwochenstunden erhielten.

Abg. Habersaat weist auf die unterschiedliche Besoldung und Unterrichtsverpflichtung von Gymnasial- und Gemeinschaftsschulkräften hin.

M Dr. Wende kündigt an, den Vertretungsfonds ab 2013 wieder auf die ursprünglichen 12 Millionen € zurückzufahren. Der Vertretungsfonds sei bis Ende Juni mit 7,9 Millionen € belastet, ähnlich wie in den Vorjahren. Die von der Vorgängerregierung bereitgestellten zusätzlichen 12 Millionen € würden nicht gebraucht und böten daher genügend Handlungsspielraum für die Bezahlung der 300 Stellen.

Abg. Günther kommt zu dem Ergebnis, dass im Jahr 2012 kein einziger Cent mehr für die Schulen ausgegeben werde.

Abg. Koch befürchtet, dass für Vertretungen in diesem Jahr nicht genügend Gelder zur Verfügung stünden.

Herr Runde teilt mit, bis Ende Juni 2012 seien 7,9 Millionen € abgeflossen, die zur Verfügung stehenden 24 Millionen € würden bei Weitem nicht ausgeschöpft, zumal 300 zusätzliche Lehrerstellen den Vertretungsbedarf verminderten. Die Betroffenen wünschten sich lieber Plan-

stellen statt Geld, denn Vertretungskonzepte könnten mit vorhandenen Lehrkräften besser umgesetzt werden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht zum Thema „Schüleraustausch - Vorgang Nordseeschule St. Peter Ording“

Antrag der FDP-Fraktion

[Umdruck 18/38](#)

hierzu: [Umdrucke 18/40](#) und 18/48

M Wende begründet die Ablehnung der Beschulung chinesischer Schüler an der Nordseeschule St. Peter Ording mit dem deutschen Aufenthaltsrecht, das nur unter bestimmten Kriterien Ausnahmen zulasse, die in diesem Fall nicht erfüllt würden. Es handele sich weder um einen Schüleraustausch noch um eine Schule mit internationaler Ausrichtung, denn die Nordseeschule biete keine ausländischen Schulabschlüsse an. In Schleswig-Holstein gebe es bedauerlicherweise nur eine Schule mit internationaler Ausrichtung, nämlich Louisenlund.

Abg. Günther empfiehlt den betroffenen Schülern, Louisenlund zu besuchen.

RL Gärtner vom Innenministerium erläutert die Rechtslage ([Umdruck 18/40](#)), die eindeutig sei und vier Ausnahmekriterien benenne. In Schleswig-Holstein gebe es aktuell 50 Fälle nach § 16 Abs. 5 Aufenthaltsgesetz zum allgemeinen Schulbesuch, zur Absolvierung eines Deutschkurses für ausländische Ehegatten oder zum Schüleraustausch. Ein Ermessensspielraum seitens der Landesregierung liege nicht vor. Dies ergebe sich aus der Antwort der Bundesregierung auf ein Schreiben des MdB Koppelin, das der Landesregierung zur Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses noch nicht bekannt gewesen sei. - Dieses Schreiben wird auf Bitte der Vorsitzenden allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt und verumdruckt ([Umdruck 18/57](#)).

Abg. Klahn bedauert die Ablehnung und wünscht sich, im Sinne der betroffenen Schüler, eines weltoffenen Schleswig-Holstein und der Völkerverständigung doch noch im Rahmen des Ermessens tätig zu werden und die Aufnahme der drei chinesischen Gast Schüler zu ermöglichen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Terminplanung

[Umdruck 18/3](#) (neu) 2. Fassung

Der Bildungsausschuss legt die Sitzungstermine im zweiten Halbjahr 2012 fest, [Umdruck 18/3](#) (neu) 2. Fassung.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Abg. Klahn bittet das Bildungsministerium um Informationen zur Auswertung zur **Ferienregelung auf Sylt** (soweit datenschutzrechtlich möglich).

b) Die Vorsitzende berichtet als Mitglied des Stiftungsrats der Stiftung „Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf“, dass die Anmeldung der **Schlosskapelle als Weltkulturerbe** geprüft werde.

Die Vorsitzende, Abg. Erdmann, schließt die Sitzung um 15:35 Uhr.

gez. Anke Erdmann

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer